DIE LINKE.
Fraktion
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Onlineausgabe Juni/2016

Rat macht Kleingärten platt: Nur DIE LINKE stimmt dagegen

„Das ist unsere schöne Heimat“

Um Platz für den Wohnungsbau zu schaffen, müssen 813 Kleingärtner/innen ihre Parzellen aufgeben. Das hat der Rat der Landeshauptstadt entschieden. Nur DIE LINKE stimmte dagegen. Vor Beginn der Ratssitzung demonstrierten Kleingärtner/innen auf dem Trammplatz mit Plakaten und einem großen Spruchband für den Erhalt ihrer Gärten. Besonders viele Laubenpieper werden ihre Gärten im Stadtteil Burg am Vinnhorster Weg, am Gutsweg und im nördlichen Teil von Kleefeld verlieren.

Rot-Grün bricht Wahlversprechen

An Wirtschafts- und Umweltdezernentin Sabine Tegtmeyer-Dette (Grüne) gerichtet, kritisierte LINKEN-Fraktionsvorsitzender Oliver Förste, dass die Kleingartenvereine von ihrem Bezirksverband und der Stadt vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. „Anstatt die Betroffenen vor Ort rechtzeitig in die Planungen einzubeziehen, haben Sie die nicht vorhandene Beteiligung der einzelnen Vereine an den Verhandlungen wohlwissend und kaltlächelnd ausgenutzt. Deshalb ist es gut und richtig, dass die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner hier und heute dagegen protestieren“, sagte Förste und bekam dafür tosenden Applaus von den anwesenden Kleingärtner/innen auf der Ratstribüne. Im Bezirksrat Buchholz-Kleefeld machte schon vorher Karsten Plotzki (Linke) seinem Ärger Luft: „Die rot-grüne Ratsmehrheit hat ihr Wahlversprechen und ihren Koalitionsvertrag von 2011 gebrochen, keine Kleingärten für Bauland platt zu machen.“ DIE LINKE kritisiert auch, dass SPD und Grüne auf den Kleingartenflächen auch raumfressende Einfamilienhäuser errichteten lassen wollen.

„Warum diese Zerstörung?“ - Diese Frage lässt sich leicht beantworten. SPD und Grüne haben viel zu lange auf Einfamilien- und Reihenhausbau gesetzt und damit wertvollen Baugrund für den jetzt dringend benötigten Wohnungsbau vergeudet.

Wohnraum schaffen: Es geht auch anders

Als Alternative zur Bebauung von Kleingärten und Grünflächen schlägt DIE LINKE vor, zusätzliche Stockwerke auf bestehende Gebäude draufzubauen. Das ist zudem deutlich günstiger als der Neubau von Häusern. In Frankfurt am Main können so laut einer Untersuchung der Technischen Universität Darmstadt und des Pestel Instituts Hannover bis zu 30.000 Wohnungen entstehen. Oliver Förste argumentierte wieder unter lautem Beifall der Betroffenen: „Solange in Hannover noch Supermärkte als Flachbauten gebaut werden, ohne drei oder vier Stockwerke mit Wohnungen obendrauf, darf man keinen einzigen Kleingarten opfern. Nur eine Stadt mit viel Grün und ausreichend öffentlichem Freiraum ist eine lebenswerte Stadt für alle.“

Diyarbakir: „Fluchtursachen mit Städtepartnerschaft begegnen“

Herbert Schmalstieg (Ex Oberbürgermeister, Sprecher Freundeskreis Hannover-Diyarbakir) und Achim Riemann (Projektbetreuer „Jugendaustausch mit Diyarbakir“) im Gespräch mit der Linksfraktion.
(Foto: Frank Puin)

Vor dem Hintergrund der aktuellen Geschehnisse in der Türkei und Überlegungen in Hannover, eine Städtepartnerschaft mit der kriegszerstörten Stadt Diyarbakir im kurdischen Teil der Türkei einzugehen, haben die Ratspolitiker/innen darüber in einer Aktuellen Stunde auf Antrag der Linksfraktion diskutiert. Helga Nowak (Linke) plädierte dafür, eine offizielle Delegation in die kurdische Metropole mit ihren 1,5 Millionen Einwohner/innen und rund 100.000 syrischen und irakischen Flüchtlingen zu schicken. Nowak wünscht sich eine helfende Partnerschaft mit Diyarbakir: „Das ist die beste Bekämpfung der Fluchtursachen.“ Nach ihren Vorstellungen sollen sich nicht nur Kultur- und Bildungseinrichtungen, Stiftungen und Verbände in Diyarbakir engagieren, sondern auch große kommunale Unternehmen und Eigenbetriebe der Stadt. „Warum investieren die Stadtwerke im Baltikum, warum die Messe AG nur in Istanbul?“, fragte Nowak. Auch der kommunale Abfallentsorger aha, die Stadtentwässerung, das Klinikum der Region, die Medizinische Hochschule, die Sparkasse Hannover und das Umweltzentrum könnten helfen. Die Sparkasse könne etwa eine Geldkarte ausgeben, mit der die Menschen vor Ort einkaufen können und so die lokale Wirtschaft stärken, erläuterte Nowak.

Die private Initiative von Ex-Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg und anderen für eine Soforthilfe in den kurdischen Flüchtlingsgebieten sei bewundernswert. Auch die Spende der Niedersächsischen Staatskanzlei sei löblich. „Aber das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein“, sagte Nowak. „Nach meiner Erfahrung sind nur im Rahmen einer formalen Städtepartnerschaft nachhaltige Förder- und Kooperations-Strukturen der Größe der Aufgabe angemessen.“ Die anderen Parteien wollten allerdings nicht mitziehen. Die SPD unterstützte die abwartende Haltung der Stadtverwaltung. Die Grünen, eigentlich auf Linie mit der Linksfraktion, wahrten den Koalitionsfrieden mit der SPD und hielten sich zurück.

Impressum

Herausgeberin:

Fraktion DIE LINKE
im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Leinstr. 16, 30159 Hannover
Tel.: 0511 168 463-48
Fax: 0511 168 463-76
www.linksfraktion-hannover.de
Email: heidrun.tannenberg@hannover-rat.de

Redaktion:
Michael Fleischmann,
V.i.S.d.P.: Helga Nowak

SPD und Grüne wollen keine bessere Bezahlung für Integrationslehrkräfte

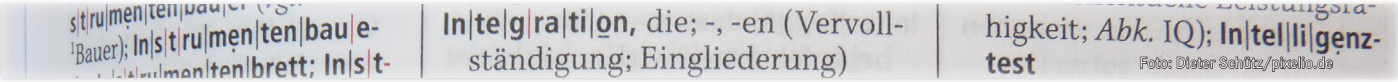

Foto: Dieter Schütz/pixelio.de

„Was ist uns Integration wirklich wert, nur schöne Worte?

Gunda Pollol-Jabbi
Integrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Rat

Mit dem Eintreffen zahlreicher Flüchtlinge in Deutschland hat sich die Nachfrage nach Deutschkursen für Migrant(inn)en deutlich erhöht. Gleichzeitig werden Deutschkurse immer wichtiger für die Integration. Auf der anderen Seite klagen die rund 20.000 Integrationslehrer/innen über eine unangemessen niedrige Bezahlung und fehlende soziale Absicherung. Die meisten von ihnen erhalten als Selbstständige Honorarzahlungen nach geleisteten Teilnahmestunden. Das bedeutet, sie sind im Krankheitsfall nicht abgesichert. Sie erhalten keinen bezahlten Urlaub und müssen Kranken- und Rentenversicherung zu hundert Prozent selbst bezahlen. Das entspricht bei einer Vollzeitbeschäftigung einem Nettoverdienst zwischen 1.000 und 1.300 Euro im Monat. Altersarmut ist vorprogrammiert. Die Linksfraktion beantragte deshalb eine Anhörung zum Thema, um nach Lösungen für die Integrationslehrer/innen zu suchen (siehe Kasten). Die Mehrheit von SPD und Grünen lehnte den Antrag im Ausschuss für Integration, Europa und internationale Kooperation ab. „Was ist uns Integration wirklich wert, nur schöne Worte?“, fragte LINKEN-Ratsfrau Gunda Pollok-Jabbi die Politiker/innen von SPD und Grünen. „Oder auch die Anerkennung der Arbeit mit einer wertschätzenden Bezahlung?“ Pollok-Jabbi bedauerte das Votum der Mehrheitsfraktionen. Normalerweise geben die Politiker/innen grünes Licht, wenn eine Ratspartei eine Anhörung beantragt.

An der Anhörung sollten teilnehmen:

- Aktionsbündnis „Deutsch als Fremdsprache Hannover“
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- Niedersächsisches Kultusministerium
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Ada-und-Theodor-Lessing-Volkshochschule Hannover
- Bildungsverein Soziales Lernen und Kommunikation e.V.

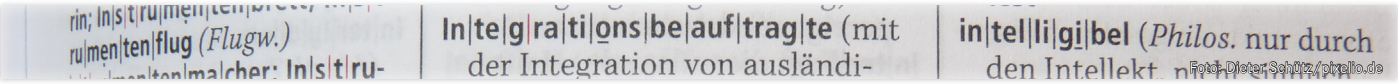

Foto: Dieter Schütz/pixelio.de